

# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennige Vereinsanzeigen 10 Pfennige. Schriftliche Postanfragen nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

**Inhalt:** Mitteilungen des Verbandsvorstandes. — Wie sollen wir agitieren. — Vom Kölner Gewerkschaftskongress. — Feuilleton: Drei bedeutungsvolle Worte. — Korrespondenzen (Wreslau, Berlin II, Leipzig). — Rundschau. — Anzeigen.

## Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

**Berlin, Zahlstelle I.** Von Freitag, den 15. September bis Sonnabend, den 14. Oktober, muß der **Arbeitsnachweis zu Gustav Henning, Seydelstr. 11** verlegt werden. Telefon-Nummer bleibt unverändert.

**Hamburg.** Vorsitzender ist Adolf Glarner, Reiblerstraße 4, III; Kassierer Karl Kirchner, Hammerbrookstr. 60, Haus 6, I.

**Wreslau.** Der Kassierer Paul Scholz wohnt jetzt Binzenstraße 12, III.

### Der Verbandsvorstand.

**S. A.: Paula Thiede, Vorsitzende.**

## Wie sollen wir agitieren.

In dem Bestreben, unserm sich schnell entwickelnden Verbands neue Mitglieder zuzuführen, werden in Einzelfällen Mißgriffe gemacht, die es uns zur Pflicht machen, auf dadurch entstehende Gefahren hinzuweisen, um solche Wiederholungen zu vermeiden. Zwar kann Form und Art der Agitation nicht an allen Orten die gleiche sein, weil die örtlichen Verhältnisse oft eine andere Taktik fordern, aber der Grundgedanke soll und muß derselbe bleiben, wenn nicht, wie schon gesagt, mehr Schaden als Vorteil entstehen soll. In den Großstädten ist z. B. die Agitation erst dann leichter, wenn nach den ersten, sehr mühevollen Arbeiten die so verstreut wohnenden Kollegen und Kolleginnen durch unermüdliches Abhalten von Druckereiverfammlungen und Wahl von Vertrauenspersonen die in allen Städten notwendige Fühlung und sofortige Verständigung zwischen Vorstand und Mitgliedern garantiert ist, denn nur dann kann ein wirklich geistliches Zusammenwirken stattfinden. Ist diese erste und wichtigste Grundbedingung geschaffen, dann erst kann der Vorstand mit Sachkenntnis und notwendiger Vorsicht zur geeigneten Zeit Lohnbewegungen einleiten, und mit wenig Ausnahmen sind gute und große Erfolge zeitig zu erwarten. In kleinen und Mittelstädten ist die Agitation schwerer, weil keiner vor dem anderen sich sicher glaubt und fürchtet, durch Renunziation die Stelle zu verlieren. Und wenn, wie so oft, wenig Arbeitsgelegenheit in demselben Beruf am Ort existiert, dann sogar ein anderes Gewerbe ergreifen muß, welches dem Angeübten wieder mit weniger Lohn erst eine Arbeitsmöglichkeit gibt, darum kann auch dort nur mit zäher Ausdauer und Abhaltung von Druckereiverfammlungen und vor allem durch Zusammenwirken auch der gelernten Branchen etwas Dauerndes und für alle Teile Vorteilhaftes erzielt werden.

Da sich nun in kleineren Städten erst nach längerem Suchen oder gar erst nach einem praktischen Erfolg, aus den schon angeführten Gründen, Leiter für die Zahlstelle finden, so sind die Vorstände der größeren Orte verpflichtet, auch dort die Agitation zu betreiben, und nach verschiedenen erfolglosen Versuchen wird dann oft zu „stärkeren Mitteln“ gegriffen, und diese sind es dann die beim Fehlschlag bei so ungeübten und ungeschulten Mitgliedern dop-

pelten Schaden verursachen, indem nicht nur die Mitglieder für längere Zeit wieder davongehen, sondern auch oft nicht-unbedeutende Summen geopfert werden mußten. Nun wird uns von den Vororten, die zur Agitation verpflichtet sind, die Frage gestellt werden: Wie sollen wir agitieren, um die obige Schädigung nach Möglichkeit zu vermeiden? Darauf gibt es zwei Antworten: 1. In den Fällen, wo die Agitation vom Vorort aus betrieben wird, in dem Bestreben, auch den dort beschäftigten Kollegen und Kolleginnen Nachricht zu bringen von erfolgreichen Arbeiten und Kämpfen in anderen Orten, um auch ihnen Mut zu machen und Hoffnung, daß sie nach fleißiger Arbeit und mit festem Willen, auch mit Hilfe der anderen, einer besseren Zukunft entgegengehen können. Zu diesem Zweck ist das ABC der Organisation stets die beste Grundlage! An unzähligen Beispielen können wir nachweisen, wie wenig in Wirklichkeit für die arbeitende Bevölkerung geschieht und wie die Arbeiterklasse in der Theorie und in der Praxis aussehen: wenn wir unseren Kollegen und Kolleginnen durch Zahlen und Beispiele nachweisen können, wie unendlich viel Arbeiter, für die es keinen gesetzlichen Normalarbeitstag gibt, mehr als 12 Stunden täglich arbeiten müssen, während für Arbeiterinnen ein 11stündiger Normalarbeitstag besteht, der aber durch Überstunden und bei guter Konjunktur, auch durch Bewilligung von Sonntagsarbeit, fast zum 12 Stunden-tag wird, während in unserem Gewerbe durch die Grundberufe, also Buch- und Steindrucker, und durch eigene fleißige Arbeit zum großen Teil der 9-Stundentag besteht. Wenn wir an diesem einen Beispiel nachweisen, daß durch die Organisationen in unserem Beruf der Arbeiter und die Arbeiterin wöchentlich 18 Stunden weniger arbeitet, so muß und wird das auf die Zuhörer Eindruck machen, denn auch die für Arbeiterinnen erlassenen Schutzgesetze stehen meist nur auf dem Papier, praktisch haben diese kaum einen Vorteil davon. So ist z. B. Bestimmung, daß die verheiratete Arbeiterin „ein Recht hat“, 1½ Stunden Mittag zu verlangen, wenn sie nach Hause gehen will, um das Mittagessen zu bereiten. Ist nun in einem Betriebe bei 21 Arbeiterinnen die Zahl der verheirateten z. B. 15 und diese wollten bei einer sonst üblichen Mittagspause von 1 Stunde 1½ Stunden fordern, so wäre bei den eigenartigen Verhältnissen eine bedeutende Betriebsstörung die Folge dieser Forderung. Zumal wenn andere Verhältnisse ein gemeinsames Verlegen der Geschäftsstunden unmöglich machen. Die Entlassung der Frauen oder die Vereinbarung, auf 1½ Stunden zu verzichten, muß dann die Folge sein, zumal es ja auch in keinem Fall möglich ist, in 1½ Stunden nicht nur die Wege vom Geschäft zur Wohnung und umgekehrt, und dann noch die Zubereitung auch nur des einfachsten Mittagessens zu besorgen und selbst zu essen. Darum steht dieser Passus nur auf dem Papier und ist praktisch fast nie durchführbar. Genau so verhält es sich mit der Ubersundenarbeit, mit dem früheren Feierabend am Sonnabend und vor den Festtagen. Viele Fälle sind uns bekannt, wo die Arbeiterinnen und, um den Betrieb einheitlich zu schließen, auch die Arbeiter am Sonnabend früher zur Arbeit kommen müssen, um durch Vorarbeit oder auch am Montag Abend durch Nacharbeit die durch früheren Schluß veräumte Arbeit wieder einzubringen. Das hat der Gesetzgeber nicht gewollt! Und wenn wir dann durch

einen Auszug aus der Gewerbeordnung beweisen, welche sanfteren Vorschriften erlassen sind und wie es in Wirklichkeit im Gewerbe resp. Betrieb aussieht, so muß uns auch der rückständigste Kollege und die Kollegin verstehen, denn das kennen sie aus Erfahrung! Und wenn sich diesen Dingen noch die Schilderung der Erfolge durch die Organisation anschließt und die Lohnunterstützung der einzelnen Städte nach ihrer Zugehörigkeit zum Verbands und ihrer Mitgliederzahl genannt wird, dann muß der Wunsch, die eigene Lage zu verbessern, der jedes Menschenherz bewegt, lebendig werden, zumal die Zugehörigkeit zum Verbands auch bei Arbeitslosigkeit und Krankheit Unterstützung garantiert, und wir werden und müssen sie gewinnen. Zwar wissen wir, daß es auch Zweifler gibt und solche, die da meinen, daß sie die Einrichtungen des Verbandes nicht gebrauchen; sie haben, wie sie sagen, immer Arbeit und darum brauchen sie die Arbeitslosenunterstützung nicht, und gerade für solche ist die Arbeitslosenunterstützung und die Errichtung der Arbeitsnachweise die beste Sicherung ihrer Existenz, denn dadurch, daß wir die Arbeitslosen auf einen Platz konzentrieren, kann ein sich sonst täglich des öfteren wiederholendes Angebot der Arbeitskräfte nicht erfolgen, und die beim öfteren Angebot von Arbeitskräften, oft zu billigeren Preisen, gesteigerte Lust der Unternehmer, zu wechseln oder Abzüge zu machen, wird durch diese Einrichtungen um ein Bedeutendes eingeschränkt, aber wie in fast allen Fällen verhärtetes Unheil oder Schaden des einzelnen kaum gerechdet oder nur beachtet wird, so wird nur selten dieser Einrichtung der ihr gebührende Wert zugezählt und der Erfolg der Organisation zugeschrieben. Hierüber Aufklärung zu schaffen ist unsere Pflicht und wenn die geschaffenen Einrichtungen erst im vollen Umfang verstanden werden, dann erst werden die, welche immer in Arbeit stehen, unsere treuesten Mitglieder bleiben, denn gerade sie haben mehr Vorteile vom Verbands als jene, die durch ein widriges Geschick oft gezwungen werden, ihre Arbeitsplätze zu wechseln. Dieses sollte und müßte der Grundgedanke des Vortrages sein, der den Zweck haben soll, uns Fernstehende für den Verbands zu gewinnen, denn damit kann kurz die Entwicklung des Verbandes geschildert werden.

An der Hand vorgenannter Beispiele können die Gegensätze gezeigt werden, trügerische Hoffnungen aber, zum Beispiel durch die Zugehörigkeit nun auch gleich Lohnzulagen zu erhalten, werden dadurch nicht erweckt, denn die Mitarbeit und Mitzugehörigkeit zur Organisation wird immer als die Ursache der Erfolge genannt werden. Die zweite Form und Veranlassung, Agitation zu entfalten, ist oft die Lohn- oder Tarifbewegung anderer resp. der Grundberufe, der Buch- und Steindruckerverbände, und diese sind es, die mit ganz besonderer Vorsicht und Umsicht unternommen und geführt werden müssen, wenn nicht die anfangs geschätzten Schädigungen eintreten sollen. Z. B.: in einer Stadt, die vielleicht ein oder zwei Druckereien hat und wo wohl die gelernten Arbeiter organisiert sind, während das Hilfspersonal noch indifferent ist, bricht ein Streit zwischen Arbeitern und Unternehmer aus. Zwar haben alle, also auch das Hilfspersonal, schon lange unter den verbesserungsbedürftigen Umständen gelitten und der Gedanke, sich zu organisieren, war trotzdem nicht gekommen und auch von keiner Seite angeregt worden; nun,

wo etwas unternommen werden soll, erinnert man sich daran, daß ja ein Verband besteht, der hier helfen und eingreifen muß; schnell entschlossen wird eine Zahlstelle gegründet und wenn auch die Erfolge des Verbandes, seine Grundlagen und Einrichtungen nicht genau bekannt sind, so genügt es, daß er existiert, und die örtlichen Verhältnisse sind so drückend und unerträglich geworden, daß sie unbedingt und zwar schnell geändert werden müssen! Naum sind 14 Tage nach Gründung der Zahlstelle ins Land gegangen, so wird die Verbandsleitung durch die Mitteilung überrascht, das diese und jene Dinge abänderungsbedürftig sind und daß jene Lohnaufbesserung notwendig sei; ferner, daß diese Forderungen schon eingereicht und abgelehnt worden sind und nun, Verband, hilf! Zwei Fälle in letzter Zeit lagen so. Weidensmal war eine Tarifdifferenz und einmal noch eine Maßregelung des Vertrauensmannes der Steinbrücker, die dort schon lange und gut organisiert waren, die Ursache. In einem Falle haben wir die kaum erst gewonnenen Mitglieder zum großen Teil wieder verloren, weil sie durch falsche Agitation und Versprechungen glaubten, nur ihren Beitritt zum Verband erklären zu brauchen, um dann sofort ein Recht auf Lohnforderungen und, im Falle der Ablehnung, auf Streikunterstützung zu haben, ohne erst auch nur einen Pfennig an den Verband abgeliefert zu haben. Nun sind wir überzeugt, daß diese Erfahrungen auch andere Verbände machen müßten, aber sie müssen uns zur Warnung dienen und in der Art der Agitation vorsichtiger machen. Entziehen an einem Orte, der größeren Zahlstellen zur Agitation am nächsten liegt, Eisenbahnen der organisierten Gehilfen mit dem Unternehmer, und ist das Hilfspersonal bis dahin unorganisiert, so haben wir wohl die Gelegenheit wahrzunehmen und Agitation zu entfalten. Aber sofort ebenfalls für die bis dahin Säumigen Forderungen zu stellen und ihnen Unterstützung zu versprechen, das darf nicht geschehen, denn wenn solche Fälle sich des öfteren wiederholen würden, dann würde der Verband von den sonst Indifferenten als eine Institution angesehen werden, die man eben nur im Notfall aussucht, in ruhigen, besseren Zeiten aber von anderen weiter ausbauen und leistungsfähiger gestalten läßt. Wenn aber der Verband wirksam arbeiten soll, dann müssen ihn die in Frage kommenden Agitatoren dafür zu schämen suchen, denn in erster Linie ist das vorhandene Geld für die, welche es zumalgetragen haben und nur im Ausnahmefalle kann auch mal einem erst kurz vor-

### Drei bedeutungsvolle Worte.

Wie ein Sturmgebrausch durch die Nacht, wie der Sonnenstrahl eines neuen Evangeliums, brauste und leuchtete es empor, als die große französische Revolution plötzlich die Lebensfunken der Menschheit — die Jahrtausende lang im stumpfen Sklavenschoße, in dem unterwürfigsten Knechtsium ihre Sklavenketten getragen hatte — entzündete und sie zu einem hell lobenden Feuer entfachte, dessen Flammen sich weit und breit bemerkbar machten. Wie der Märzwind nach einem langen Schummer, so erwachte das Volk, um die so lange gefesselte Freiheit zu erlösen. Mit donnerähnlichem Getöse, wie das Schäumen und Krachen eines neu ausbrechenden Vulkans zuckte der Blitzstrahl der Erkenntnis durch die unterdrückte, bis dahin jeder wahren Triebfähigkeit baren Menschheit. Sie hörten es widerhallen, sie fühlten das Rauschen und Treiben im Innern des großen Menschenkörpers, das sie mahnte an die ureigensten Interessen, und wie ein durch Zauberband gelöster Bann, wie ein Erlösungsschrei ertönte es der beengten Brust: „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.“

Aber, wo blieb der glühende, zündende Funke, wo blieben die so warm, so belebend scheinenden Sonnenstrahlen? Der Baum der Menschheit, der eben anfang neue Blüten zu tragen, er wurde von der eifigen Winterkälte der kapitalistischen Gewalttätigkeit auf das schwächliche zerstört; die jungen Knospen und Blüten verfielen den kalten schaurigen Frösten der sich liberal — der sich freibeitlich nennenden Bourgeoisie. Die warmen Sonnenstrahlen und der sanft belebende Tau, sie verwandelten sich in Kälte und Eis und töteten das neue aufblühende Leben. Gerade die liberale Bourgeoisie, die sich durch die Gewerbe: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zum Herrscher emporgeschwungen hatte, sie entdeckte jetzt

ber gewonnenen Mitglieder damit eine Hilfe zuteil werden, aber zur selbstverständlichen Regel kann das niemals werden. Darum muß unter Grundlag sein: Wer nicht in ruhigen Zeiten nach öfterer und eingehender Agitation und Schüderung der verschiedenartigen Verhältnisse sich dem Verbands anschließen will, der kann und darf in der Zeit, wenn andere organisierte Verufe Forderungen stellen, auf unsere Hilfe nicht rechnen. Darum lernen wir unterscheiden, wie zu agitieren notwendig ist; behalten wir bei allen Situationen den ruhigen, klaren Blick für das, was für unsere Organisation und Verhältnisse notwendig ist. Wenn uns die organisierten Grundberufe in ruhiger Zeit nach Möglichkeit behilflich sind, das Hilfspersonal zu organisieren, dann finden sie in fröhlichen Zeiten an uns treue Bundesgenossen, die aushalten und tatkräftig mit eingreifen. Wer uns aber erst in der Not zur Agitation und Mitarbeit ruft, darf sich nicht wundern, wenn die erhoffte Hilfe ausbleibt.

Wir erhoffen, daß die Anregung dieser Frage eine lebhafte Diskussion hervorruft, denn erst dann, wenn alle leitenden Stellen darüber klar sind, wie am besten und erfolgreichsten agitiert wird, werden Mißgriffe und getäuschte Hoffnungen nicht mehr zu verzeichnen sein, und die Verbandskasse bleibt vor größeren Schädigungen bewahrt.

### Vom Kölner Gewerkschaftskongreß.

Durch Berliner Anarchisten werden Flugblätter verbreitet, in welchen sowohl gegen das Kölner Gewerkschaftsstatut, wie auch gegen Genossen Legien der Vorwurf des Boykottbruchs erhoben wird. Die Flugblätter betreffen sich mit dem nimmermehr beendeten Bierboykott. Auf diese Vorwürfe hin haben wir folgendes zu erwidern:

1. Es ist unklar, wenn behauptet wird, daß die Taktik des Boykotts (Vokalboykott) nur für die Dauer des Gewerkschaftskongresses geändert worden wäre. Eine Aenderung der Taktik war vielmehr auch vorher schon in Erwägung gezogen, und zwar deshalb, weil der Vokalboykott die Zahl der Versammlungsorte zu sehr beschränkte. Wichtig ist, daß infolge der Aufhebung des Vokalboykotts die Wirkungen des Kampfes abgemindert wurden. In einer Sitzung der Boykottkommission nach dem Gewerkschaftskongreß wurde ein Antrag, die alte Form des Boykotts wieder einzuführen, abgelehnt.

2. Infolge einer Erklärung der Wohnungskommission (vorbereitende Kommission des Gewerkschaftskongresses), daß Privatwohnungen und Zimmer in boykottfreien Wirtschaften für die Kongreß-

eine schadhafte Stelle in ihrer Parole, in ihrer Kampfesweise. Jetzt, wo das erwachende Proletariat das innerliche Gland fühlen und sehen lernte, das immer mehr Menschenfreude und Menschenglück verschlang, und für sich den Schlarrenruf der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in Anspruch nahm, da bedeutete er mit einem Male etwas Ungeheuerliches, da bedeutete er Tod und Verderben aller Kultur. Mit einem Schlage hatten die liberalen Heiden die für sie drohende Gefahr erkannt und setzten alles in Bewegung, um die wahre Menschenfreiheit, die sie vorher auf ihren Schild erhoben hatten, zu unterdrücken.

Alle Geistesheroen, alle Ritter der Feder und des Wortes wurden mobil gemacht um dem Volke zu beweisen, daß in der Unterordnung unter den Kapitalismus, in dem frommen, duldsamen Leben die einzige wahre Freiheit liege, daß der Energie und Sittlichkeit stärkende Konkurrenzkampf der höchste Ausdruck der Brüderlichkeit bedente, daß die Gleichheit nur der Tod alles Lebens und die Ungleichheit das höchste Lebensprinzip sei. — Mit wahren Pathos erschallten diese mancherlei Phrasen von den Kanzeln, von den Tribünen der Parlamente. — Mit lauter aufgebotenen Lungenkraft und einer vollendeten Angerfertigkeit wurde der Welt diese Wahrheit und Lauterkeit der reinen, göttlichen Vernunft gepredigt.

Und während man noch predigte begann schon die Meute der Ausbeuter ihr unheilvolles Wesen, verfolgte sie unaufhörlich ihr Ziel: die Unterjochung der Arbeiterklasse unter den Bann eines bürgerlich kapitalistischen Staates. — Wo blieb das hohe Ideal, mit dem das Proletariat aus dem Schummer geweckt wurde? Wo das Lösen und Traufen nach Freiheit, nach der Freiheit, die von allen Dichtern besungen, die von allen Denkern als das höchste Gut gepriesen worden?

Die Freiheit, unter der man jenen gesellschaft-

delegierten nicht in genügender Anzahl beschafft werden könnten, begründete Genosse Legien den Antrag (Aufhebung des Vokalboykotts) damit, daß den Gewerkschaftsführern nicht zugemutet werden könne, Boykottbrecher zu werden. Weiter gab er auf Grund seiner langjährigen Erfahrung der Ueberzeugung Ausdruck, daß ein Bierboykott eher zum Ziele führe als ein Vokalboykott. Er hat aber nicht erklärt: „Ich werde den Kongreß vertagen“, sondern: „Ich werde als Vertreter der Generalkommission eventuell dem Kongreß nach der Eröffnung empfehlen müssen, sich zu vertagen.“

3. Gegenüber den Behauptungen eines angeblich in der Kölner Arbeiterbewegung hervorragend tätigen Genossen, welche auf zahlreiche gröbliche Boykottverletzungen schließen lassen, bemerken wir, daß Fälle, bei denen Boykottbruch nachgewiesen wurde, bereits in öffentlichen Versammlungen, wie auch in den Sitzungen der Statutkommission bekannt gemacht und aufs schärfste gerügt wurden, und wir müssen es dem Briefschreiber überlassen, weitere Beweise für seine allgemeinen Behauptungen zu erbringen.

Die in einem Flugblatt angeführten Resolutionen der Buchdrucker und der Holzarbeiter verurteilen nur die Abhaltung des Kongresses im Saale des „Koloosseum“.

5. Gelegentlich der Begrüßungsfeier wurde nur Münchener Bier verzapft. Genosse Jurich (Beamter der Brauer) leitete persönlich die Kontrolle und garantierte dafür, daß nur boykottfreies Bier verzapft wurde. Den Festteilnehmern war bekannt daß nur im Festsaal boykottfreies Bier zu haben sei.

6. In dem Organ der Vokalorganisierten, „Die Einigkeit“, wird nun noch behauptet, daß gelegentlich des Dampferkongresses Genosse Legien der Musikfapelle das Spielen des Sozialistenmarches untersagt habe. Wir erklären diese Behauptung für eine Unwahrheit, die scheinbar nur bezwecken soll, den Genossen Legien zu verdächtigen. Derartige leichtfertige Mitteilungen charakterisieren die ganze Schreibweise der „Einigkeit“ und den Artikelreiber selbst. Nur die Vokalkommission hatte zu entscheiden, was gespielt werden sollte. Wohl ein duzenmal wurde der Sozialistenmarsch gespielt.

Hoffentlich wird diese Erklärung dazu dienen, den immer wiederkehrenden unwahren Behauptungen und Uebertreibungen Einhalt zu tun.

Die Kämpferkommission des Gewerkschaftsstatuts Köln. Den Feinden der immer mächtiger um sich greifenden zentralisierten Gewerkschaftsbewegung, denen jedes Mittel recht ist, um einen Keil in die fest gefügten Massen zu treiben, wird ja diese Erklärung wenig Freude bereiten, denn alle aus dem Schmutz zusammengelesenen Verbachtigungen fallen

lichen Zustand versteht, in welchem die Interessen des Einzelnen nicht mehr in Widerspruch stehen mit den Interessen der Allgemeinheit; diese Freiheit, sie ist vergeblich und hat im kapitalistischen Staat keine Stätte finden können. Die Interessen des Proletariats wurden mit Füßen getreten.

Und die Brüderlichkeit? — Diese erbabene Regung in der Menschenbrust, die in der Liebe zu den Mitmenschen die schönste Tugend, und im Erfreuen und Beglücken des Bruders das höchste Glück der Menschheit sieht. — Sie wird heute als die größte Schwäche, als eine soziale Krankheit angesehen. Die moderne Barbarei, sie hat jeden Keim der wahren Menschenliebe erstickt. An Stelle der wahren Liebe zu dem Bruder hat eine Hoheit im öffentlichen Leben Platz gegriffen. Himmelschreiend, unaussprechlich groß ist der Jammer, der in den Demütigungen und brutalen Behandlungen liegt, die das Gesinde, die Fabrikflaven und die Jugend in den Kasernen bei ihrer Ausbildung durch rohe Mitmenschen sich wehrlos gefallen lassen müssen. Man empfindet ein richtiges Wohlgefühl darin, wenn man seinen Mitmenschen — der mit denselben Rechten am Leben geboren ist — martern und quälen kann. Was bedeutet es anderes als Unfreiheit, wenn man vom Diener oder sonst Untergebenem verlangt, den Bart oder das Haar so oder so zu tragen — mit demselben Recht könnte man ihnen den Ramen vor die Stirn brennen. — Jeder denkende Mensch muß es einsehen, daß die soziale Ungleichheit den Kampf aller gegen alle entfesseln muß, weil sie die niedrigsten Begierden im Menschen züchtet und dieselben an die Oberfläche des sozialen Lebens treibt, weil durch diese Zustände das Edle und Gute erbarmungslos in den Abgrund gezerrt wird. — Wirkliche Beispiele von erbabener Brüderliebe wird man deshalb mit der Laterne suchen

in nichts zusammen. Sie haben Flugblätter drucken lassen, ohne sich erst an maßgebender Stelle über die Wichtigkeit ihrer Verbreitungen und Behauptungen zu informieren; sie wollten sich als mahnendes Gewissen aufspielen, und ohne lauges Besinnen wurden stets eifrige und bewährte Führer in unerhörter Weise verächtlich. Nun haben die Schreiber zum Spott auch noch die Sorge, wer die Flugblätter bezahlte, die in zwei Auflagen herausgegangen sind, denn die angelegene Berliner Arbeiterkassette dürfte dafür nichts übrig haben.

### Korrespondenzen.

**Breslau.** Bericht der Mitgliederversammlung vom 21. August 1905. Anwesend 46 Kollegen und Kolleginnen. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung 7¼ Uhr. Nach Verlesung der Tagesordnung sowie des Protokolls, welches anamom-

Wiener gibt Mitteilung über den Bau, welcher allerdings so großartig wie in Leipzig nicht aufgeführt werden kann, aber für Breslau jedenfalls groß genug. Es wird enthalten: einen großen Garten, großen Saal für 2500 Personen, einen Saal für 5-800 Personen und mehrere kleinere Säle für 100-200 Personen, sowie Restaurant und Herberge. Koll. Müller machte die Kollegen auf pünktliche Bezahlung der Monatsbeiträge zum Bau des Gewerkschaftshauses aufmerksam. Da Kollege Lohr zur Versammlung trotz Einladung nicht erschienen, so wird derselbe der Versammlung zur Streichung aus dem Verbands empfohlen. Krank sind die Kollegen Brenzel und Schauer; arbeitslos die Kollegen: Bonn, Kohnstodt und Max King. Der Quartierbericht mußte wegen Abwesenheit des Kollegen Konziella ausfallen. Der Vorsitzende erklärt die Versammlung, daß jedenfalls die Beschäftigung des Schwentzinger Wasserwerks nicht Sonntag, den 27. August, sondern vielleicht acht Tage später stattfinden wird; der Vorstand hat bis jetzt vom Herrn Direktor Debusmann noch keine Zusage erhalten. (Zwischen ist dieselbe eingetroffen, und fand die Beschäftigung am 27. August statt. An derselben beteiligten sich nur 35 Mitglieder.) Das 10. Stiftungsfest findet bestimmt Sonntag, den 24. Sept., nachm. 4 Uhr im Crabbissement „Zum kühnen

Strand der Eder“ (Abalbertstr. 10) statt und zwar nur in engerem Kreise. Der Vorsitzende, Kollege Müller, macht der Versammlung Vorschläge, ob die Statutenänderung, Tarifberatung und nochmalige Aenderung vom Vorstand selbst, oder ob das eine neu zu wählende Kommission erledigen soll. Auf Antrag der Versammlung wird die Erledigung dem Vorstand überlassen. Weiter liest der Vorsitzende einen Brief vom Akademischen Humboldt-Verein vor; selbiger empfiehlt zur weiteren Fortbildung jedem Kollegen die Beteiligung an demselben. Die Versammlung rügt das Benehmen des Kollegen Kohnstodt und wird beantragt, daß derselbe in der nächsten Versammlung seine getane Aenderung zurücknehmen soll. Die Kollegen von Schreiber wurden wegen Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde täglich vorstellig. Kollege Müller wird bei dieser Firma persönlich verhandelt. Die Firma Schottlaender hat für das Hilfspersonal vom 1. Oktober d. J. ab die Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde täglich bewilligt. Mißstände, wie Nienemaulagen oder Haushälterarbeit, wollen die dort beschäftigten Mitglieder abzuschaffen versuchen. Eine weitere Sache bei obiger Firma fand auch in folgender Weise ihre Erledigung: Kollege Schmidt soll seinen Bruder, welcher noch nicht 16 Jahre alt ist, zum Anlegen an die Zweifarbenmaschine empfohlen haben; dieses wurde von den Kollegen nicht geduldet, weil noch arbeitslose Kollegen vorhanden waren. Kollege Schmidt verwarft sich dagegen, daß er der schuldige Teil sein soll. Derauf Schluß der Versammlung mit einem dreijährigen Hoch auf den Verband. P. St.

**Berlin 11.** Bericht von der zweiten ordentlichen Generalversammlung vom 20. August 1905. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrt die Versammlung das Andenken des hingeshiedenen Koll. Lufas in der üblichen Weise. Da sich das Hauptinteresse auf die Beitragserhöhung konzentriert, wird auf Wunsch des Koll. Lohr als dritter der Tagesordnung gesetzt. Kollege Moritz teilt sodann mit, daß sich die Kollegen Kochler, Kaledori, Krüsch, Knapp, Spieck, Alb. Hein, H. Schmidt, Fr. Raach, Stief, Kieger, T. Finke, Stumpf, W. Fabrowsky und Teutcher krank gemeldet haben. Gehund die Koll. Barthold, E. Wolfe, Alb. Köppen, Drews, H. Schmidt, Niedrich, Kaledori, Alb. Schmidt und Teutcher. Ausgetreten sind die Koll. Hartmann, Daaf, Hennig, Gutlich, Marschel, Meyer, Dorn, M. Klose und Aug. Schulze. Gestorben sind neben dem Koll. Lufas die Frauen der Koll. Lariß und Herm. Jungblut. Druckerüberammlungen und sonstige Verhandlungen fanden statt am 17. Juli bei der Firma Greve, 28. und 29. Juli in der Abteilung Woche des Lokalanzeigers. Am 1. und 5. August bei der Firma Langenscheidt, den 3. Aug. bei Mittler u. Sohn,

1. Aug. bei Paß u. Garlpey, 5. Aug. bei Allstein u. Co., 7. Aug. bei Scholem (Schöneberg), 6. und 11. August im Lokalanzeiger. Ferner am 10. Aug. in der Firma Allstein u. Co., 14. Aug. bei den Firmen H. S. Herrmann und Hempel u. Co. und am 15. August bei der Firma Eisner. Besondere Beachtung hiervon verdienen die Verhandlungen bei der Firma Greve, wo die Regelung inbezug der Aenderung des Anlageapparats mit Erfolg durchgeführt werden kann. Desgleichen die Lohnforderung bei der Firma Langenscheidt; doch wird hier wegen der eigentlichen Stellungnahme des dortigen Obermeisters von einem Eingehen auf die Apparatfrage im Augenblick abgesehen. Bemerkenswert ist hier noch, daß auch hier Ferien für das Personal und zwar von 8 Tagen bewilligt wurden. Bei Scholem am 7. Aug. handelt es sich um Maßregelung des Vertrauensmannes der Buchdrucker und erzwingt das gesamte Personal durch Streik die Einstellung des betreffenden Setzers bis zur Fällung des Schiedsgerichtsurteils. Die Verhandlungen und Besprechungen im Lokalanzeiger resultieren zum größten Teil auf durch beiderseitige Fehler hervorgerufene Differenzen zwischen Buchdruckern und Hilfspersonal. In einer gemeinsamen Sitzung sämtlicher Vorstände am Ort erluhrt der Vertreter der Berliner Maschinenmeister, Herr Engel, bei technischen Fragen den Buchdruckern doch ein unbeschränktes Bestimmungsrecht einzuräumen. Im Laufe der Diskussion wird es den Vertretern der Hilfsarbeiter klar, daß bei dem nur zu leicht geneigten überhebungsollen Rücksichtgefühl einzelner dieser Herren dieses Bestimmungsrecht zum steten Schaden unserer Kollegen gemißbraucht würde. Trotzdem man zugeben muß, daß etwaige Uebergriffe vonseiten unserer Kollegen unnachlässig gehandhabt werden, kann man sich zu einer Verständigung nicht herablassen, und verlassen die mehrstündigen Verhandlungen resultatlos. Bei allen anderen Verhandlungen und Besprechungen handelt es sich um innere Angelegenheiten der einzelnen Offizinen. Nachdem eine Angelegenheit des Koll. Engelskirchen dem Vorstand zur Regelung überwiesen, werden 29 Kollegen neu aufgenommen und willkommen geheißen, ebenso gilt die dem Vorstand überwiesene Aufnahme der Kollegen Kossinger und Köhn als erfolgt. Die Neuaufnahme des Koll. Ferd. Fabrowsky wird zur näheren Regelung dem Vorstand unterstellt. Der Kassierer gibt hiernach die Abrechnung vom letzten Stiftungsfest, welche mit einem Defizit von 29 Mk. abschließt. Der nun verlebten Restantenliste unterstehen die Kollegen: 2014 R. Kaitz, 112 S. Polesky, 196 Karl Wittig, 231 G. Schulze, 270 Alb. Len, 640 Gust. Quast, Witte, 270 Otto Grahl, 274 Oskar Gemeinhardt, 3032 Alf. Kopperb, 122 Franz Durina, 140 S. Richter, 146 Rob. Engmann, 187 Gust. Bogt, 241 Otto

müssen, in einer Gesellschaft, der die kapitalistische Produktivität der einzigste Lebenszweck ist. —

Und jetzt erst die Gleichheit? Schüttelfrost durchzieht unsere Körper, wenn man an die Gleichberechtigung aller Menschen denkt. — Gleichheit — Gleichberechtigung — welch' Ironie, welch' Hofn auf die heutige Gesellschaft! Mit allen erdenklichen Mitteln, mit erlaubten und unerlaubten Mitteln zwingt man die Menschheit zur sozialen Ungleichheit. Gerade jene Gesellschaft, die auf Grund der politischen Gleichberechtigung ihre Bedeutung errungen hat, hält dieselbe für ungerecht, für verwerflich, wenn sie von dem Proletariat dazu benutzt wird, seine Interessen zu vertreten. Deutlich sieht man es an der Rechtslosmachung des Proletariats in den Städten, wo man den Arbeitern das Wahlrecht verweigert. Wo man kühn behauptet, die Masse hätte kein Verständnis, kein Pflichtgefühl für die Interessen der Allgemeinheit, für die Interessen der Staatswohlfaht. Jene Ausbeutergesellschaft, die sich mit dem Mantel der Frömmigkeit, der sozialen Fürsorge umgibt, die aber als Triebfeder nur die eigene sichere Existenz kennt und jene Gesellschaft ist es, die durch ihr Tun und Treiben den Anspruch, eine gerechte menschliche und sittliche Vertretung zu sein, verloren hat.

Wem würde nicht das Blut in den Adern rollen, wenn er sich die Vorurteile der letzten Zeit vor Augen führt. Vergleiche man doch nur die unerhörten Schreckensurteile der letzten Zeit — wodurch das Proletariat deutlich erfahren hat, daß sie Menschen zweiter Klasse sind. Man denke doch an Sternberg, Ahrenberg, Hüssener usw. und an die staunen-erregenden Urteile in Dresden und Altona. — Ruskat und Meier genügen nur genannt zu werden, um unserer Ansicht nach alles zu beweisen. Die widersprechendsten Urteile, die ungleiche Beurteilung der Worte: Schwere Strafe demjenigen, der

andere Leute an freiwilliger Arbeit hindert; das sind Beweise von der mangelnden Gleichberechtigung aller Menschen. —

Welch blutiger Hohn liegt in dem Worte Gleichheit, wenn man auf der einen Seite dem außserst getriebenen Luxus mit dem Glend und dem Nummer des gemechtenen und entrechteten Proletariats vergleicht. — Bei der Geburt sowie beim Tode sind die Menschen gleich, das ist ein unumstößliches Naturgesetz. Warum haben dann später im Leben ein Teil der Menschen Vorrechte, die der andere Teil nicht besitzt? —

Woh! werden von der Natur die Gaben des Geistes und des Körpers nicht in gleicher Fülle verteilt, aber das ist doch kein Grund, daß der Starke berechtigt ist, aus der Haut des Schwachen Nieren zu schneiden. — Was die Natur dem Einzelnen verleiht, das ist sein Eigentum, und ein anderes Privateigentum, das natürliche und sittliche Berechtigung hätte, gibt es nicht. Die Erde ist Gemeingut aller Menschen; genau so wie die Luft und der Sonnenchein, so sollten auch alle Schätze und Erzeugnisse Eigentum der gesamten Menschheit sein. Es sollte keine Vorrechte für einzelne privilegierte Stände geben. Die Erde ist imstande, alle Bedürfnisse zu stillen, an ihren Nährbrüsten haben alle einen Platz, die Starken wie die Schwachen, die Schönen wie die Häßlichen, die Besserbegabten wie die Minderbegabten.

So sind also jetzt die stolzen Worte: Freiheit, Brüderlichkeit und Gleichheit — die einst von der Bourgeoisie als Schlachtruf gebraucht wurden gegen die Feudalherrschaft, von ihnen selbst in den Sumpf getreten und in das Gegenteil verwandelt worden. Sie würden, wenn es nach dem Willen jener Interessengruppen ginge, zum Fluch und Verderben der Menschheit werden.

Ein Glück ist es, daß die Arbeiterkassette — die

große Masse des Proletariats, das auf seinem Kriegspfade begriffen ist, die Bedeutung dieser großen Worte voll und ganz erkannt und dieselben wieder aus dem Sumpf emporgehoben, sie mit großen Lettern auf ihr Schlachtpanier geschrieben hat. Und wenn das Proletariat der sich gestellten Aufgabe gerecht geworden, wenn alle soziale Ungleichheit aus der Welt geschafft ist, dann werden sich tausend und abertausend herrliche Talente, die jetzt im Glend ersticken, zur höchsten Blüte und zum Wohl der Allgemeinheit entfalten können. Je mehr sich der unterdrückte Teil der Menschheit zu dieser Ueberzeugung — die zugleich auch ein besseres Dasein in sich birgt — hindurch ringen wird, je näher werden wir dem Ziele unserer Bestrebungen sein. Wenn die Menschheit nicht mehr vom Glend geplagt und Ungleichheit und Mangel an dem Notdürftigsten gemichen ist, wenn sie in Brüderlicher Gemeinschaft mit einander lebt, sich nicht mehr gegenseitig zerfleischt und vernichtet: Welch Großartiges kann auf dem Gebiete der Technik und des Wissens geleistet werden, wenn alle Talente zur wahren Geltung gelangen können. Dann haben wir unser Ideal, unser lang ersehntes Ziel erreicht. Und nur die Arbeiterklasse ist es, die dazu berufen ist, dieses hohe Ideal, dies von der Bourgeoisie vernachlässigte Problem zu verwirklichen.

Darum auf, Ihr Arbeiter und Arbeiterinnen, säumet nicht länger in die Kampflinie einzutreten, füllt die Lücken, die der Kampf gerissen, wieder aus und bildet neue Glieder des Ganzen! Stärkt die Organisation, die allein imstande ist, Euch von dem Alp zu befreien, der ein Mühlstein auf Euch lastet. Seht Ihr in der Ferne das Morgenrot schimmern? — Eilt ihm entgegen unter dem wirklch ernst gemeinten, aus wahren Herzen kommenden Schlachtruf:

Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit!

E. Schlüter.

Witte, 270 E. Grahl, 271 E. Star Gemeinhard, 405 M. Urbansky, 423 Ch. Brun, 426 Fritz Batomel, 438 Karl Fischer, 446 Aug. Hohenberg, 472 Herm. Räufer, 497 Eug. Huhn, 512 Paul Hohenberg, 514 C. Müller, 517 Eigm. Wiersbach, 560 B. Grohmann, 586 Louis Schmidt, 595 Karl Quastling, 597 Walter Schulz, 635 Mich. Klein, 636 Gust. Schäfer, 651 Rob. Richter, 660 Max Neugebauer; die meisten sind, sofern sie nicht bis zum folgenden Mittwoch ihren Verpflichtungen nachkommen, als ausgeschlossen zu betrachten. Eine längere Diskussion entspinnt sich bei Punkt 3 der Tagesordnung: Beitragserhöhung. Koll. Weich erörtert kurz, wie die neuen Beitragsbeurteilungen, eine Erhöhung derselben um 10 Pfg. sich notwendig macht für die Zahlstelle, man hierdurch aber in die Lage kommt, durch diese Mehreinnahme den Ortszuschlag zu erhöhen und auch zur Krankenunterstützung einen Zuschuß zu gewähren. Ein vom Vorstand vorgeschlagener Beschluß findet allgemeine Zustimmung, nur wünscht Koll. Lohahl und ist nach von ihm aufgestellten Berechnungen der Meinung, daß das Gebotene in keinem Verhältnis zur Einnahme steht und man bedeutend höher mit den Unterstützungsbeiträgen gehen kann. Nach einer längeren Diskussion stimmt, wie schon erwähnt, die Versammlung der Ansicht des Vorstandes zu, der sich zur Pflicht macht, so schwierige Experimente, wie es die Krankenunterstützung ist, mit außerordentlicher Vorsicht zu behandeln. Der von der Versammlung angenommene Beschluß lautet: Beschluß: Bis auf weiteres erhalten arbeitslose und kranke Mitglieder, welche 52 Wochenbeiträge geleistet haben und nicht mehr als 4 Beiträge schulden die Arbeitslosenunterstützung von 5,40, resp. die Krankenunterstützung von 2,70 M. pro Woche. Bei 104 Wochenbeiträgen neben der Arbeitslosenunterstützung einen Ortszuschlag von 0,65 M. pro Tag bei 156 Wochenbeiträgen einen solchen von 0,95 M. pro Tag auf die Dauer von 78 Arbeitstagen. Die Krankenunterstützung wird bei 104 Wochenbeiträgen auf 3,00 M., bei 156 Beiträgen auf 3,50 M. erhöht, auf die Dauer von 5 Wochen. Hat ein Arbeitsloser in einer Kalenderwoche das ortsübliche Minimum von 24 M. verdient, so erhält er für die betreffende Woche keine Unterstützung. Die Beitragserhöhung tritt in Kraft am 1. Oktober 1905. Die erhöhte Arbeitslosenunterstützung wird vom 1. Oktober 1905 ab gezahlt, die Krankenunterstützung vom 1. Jan. 1906. Der vorgedachte Zeit wegen gelangt ein Verlangensantrag des Vorstandes zur Annahme und schließlich kommt der Vorsitzende die Versammlung mit einem Vorschlag zum Verband und die Zahlstelle II um 6 Uhr 20 Min.

**Leipzig.** In der am 29. August abgehaltenen halbjährlichen Generalversammlung gab der Kollege Schulze den Geschäftsbericht, dem Folgendes zu entnehmen ist: Abgehalten wurden 7 Mitglieder- und 46 Geschäftsversammlungen, außerdem 17 Sitzungen mit den verschiedenen Komitees. Die Mitgliederzahl, deren Bestand am 31. Dezember 1904 878 betrug, ist auf 1431 gestiegen, eingetragen sind im Laufe des verfloffenen halben Jahres 126 männliche und 627 weibliche Personen. Leider sei aus diesen Aufnahmen zu bemerken, daß die Situation noch eine sehr große sei, andernfalls die Saumlageität im Beiträge entrichten dazu beigetragen hat, daß ein ganz bedeutender Teil als Mitglieder gestrichen werden mußte. Daraus erklärt sich auch der Mitgliederbestand, welcher eigentlich den Aufnahmen entsprechend um 300 höher sein sollte. Auf dem Arbeitsnachweis wurden 101 offene Stellen für weibliche und 25 für männliche Personal gemeldet, namentlich war eine große Nachfrage nach weiblichem Steinbruchspersonal welche nur zum Teil besetzt werden konnten. Die Geselligkeit wird durch einen Kappenaabend, einen Ausflug nach Böhligler und einen Besuch der Grimmitzauer Zahlstelle gepflegt. Lohnbewegungen mit Erfolg wurden in einigen Druckereien durchgeführt, nur bei der Firma Jul. Kleinhardt, wofür 32 Kolleginnen eine wöchentliche Zulage von 50 Pfg. verlangten, mußte wegen Nichtbewilligung dieser Forderung in den Ausstand getreten werden, doch sind diese Streikenden, trotz der schwarzen Liste, welche die Buchdruckerinnung dieserhalb veröffentlichte, alle wieder untergebracht, und die Firma Kleinhardt läßt nun durch eine Auditollegin, welche stehen geblieben ist, junge Mädchen anlernen. Es ist dieses auch ein Beitrag zur Solidarität der Verbandsbuchdrucker dem Hilfspersonal gegenüber. Ebenso traten einige Kolleginnen bei Hirschfeld in den Solidaritätsstreik mit den Druckern und Sebern ein; es ist nun in diesen beiden Fällen die ertrockene Lasten zu bezeichnen, daß keine der Anständigen, trotz der kurzen Mitgliedschaft, während des Streiks wankelmütig geworden ist. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, in Zukunft so weiter für den Verband zu wirken, schloß Koll. Schulze seinen Bericht.

Nach dem Staffenbericht, den Koll. Wolken gab, betragen die Einnahmen 4487,80 M., die Ausgaben 3306,96 M.; an die Hauptkasse wurden 1180,84 M. gesandt, an Streifenunterstützung wurden 2595,25 M. verausgabt, die Arbeitslosen-, Gemahrgelten- und sonstigen Unterstützungen erforderten eine Ausgabe von 932,35 M. Der Bestand der Ortskasse betrug 1549,90 M. Für die streifenden Ruhrbergleute sind von Mitgliedern auf Listen 263,35 M. gemeldet worden.

Beim nächsten Punkt der Tagesordnung, Neuregelung der Beitrags- und Unterstützungsätze, führte Koll. Schulze aus: die Mitglieder seien ja schon unterrichtet, daß aus Anlaß der Einführung der Krankenzuschußkasse, vom 1. Oktober d. J. an auch die Staffelbeiträge zur Anwendung kämen. Um nun zu ermöglichen, daß in Zukunft die Zuschläge, die aus der Ortskasse auf die Streif- und Arbeitslosenunterstützung draufgelegt worden sind, andernfalls, um das Totenopfer beibehalten zu können, möchte er bitten, daß folgende von der Verwaltung durchberatenen Staffelbeiträge von der Versammlung diskutiert und schließlich angenommen würden, und zwar soll die 1. Klasse den bisherigen Beitrag von 25 Pfg. pro Woche weiter entrichten, die 2. Klasse soll 30 Pfg. und die 3. Klasse 40 Pfg. wöchentliche Verbandssteuern leisten. Er glaubt, daß die Anwesenden so viel Einsicht besitzen werden, um zu begreifen, daß wir Leipziger die moralische Verpflichtung haben, diesen Staffelbeiträgen zuzustimmen, da doch von Leipzig aus der Antrag zur Einführung einer Krankenunterstützungskasse gestellt worden sei, die natürlich Mehrausgaben verursachen würde, demnach wir auch einer Mehreinnahme zustimmen müßten. Es entspinnt sich hierauf eine sehr lebhaft debattierte, in welcher fast alle Redner für den Vorschlag der Verwaltung eintreten, nur Koll. Döfler teilt mit, daß ihn die Kollegen von Röhders beauftragt hätten, dafür einzutreten, daß diese Beiträge nicht angenommen würden, denn es wäre ihnen nicht möglich, bei einem Wochenlohn von 18 M. 40 Pfg. Verbandssteuern entrichten zu können, sie machen daher den Vorschlag die jetzigen Beiträge weiter zu behalten, und wenn damit nicht auskommen würde, aus der Ortskasse dieses Defizit zu beden und dann, wenn die Verwaltung erst nachweisen könnte, daß sie nicht auskomme, dann wären auch sie bereit, diese erhöhten Beiträge zu leisten. Kollege Schulze sowie Herrmann weisen in treffenden von den Verammelten mit Zustimmung angenommenen Ausführungen die Anwesenheit der Röhders'igen Kollegen zurück, indem schon lange zu bemerken sei, daß bei Röhders die feste Mitgliedschaft, wie sie vor der Lohnbewegung zu verzeichnen war, nicht mehr vorhanden sei, denn gerade diese Mitgliedschaft zeichne sich durch große Rente aus und wünschten ertliche den Augenblick herbei, wo sie durch irgend einen Anlaß die lästige gewordene Mitgliedschaft abschütteln könnten. Vielen Moment glauben nun einige unglückliche Kantonnisten für gekommen, es sei wohl derartigen Mitgliedern keine Träne nachzuweinen, denn unsere ertnen Zeiten erforderten überzeugte Gewerkschafter, welches diese Leute eben nicht sind. Nachdem noch Koll. Köler ausgeführt hatte, daß namentlich keine Kollegen bei Röhders es nötig hätten durch engen Zusammenhluß sich ihre traurige Lage zu verbessern, wurde der Antrag der Verwaltung einstimmig angenommen, wonach vom 1. Oktober ab Mitglieder, welche bis zu 10 M. verdienen, 25 Pfg. pro Woche, diejenigen von 10 bis 15 M. Verdienst 30 Pfg., und wer über 15 M. verdient 40 Pfg. zu entrichten haben, außerdem pro Monat 10 Pfg. Extrasteuer in allen drei Klassen.

Als Beisitzer wurden die Kolleginnen Hermann und Bach, sowie Koll. Lochmann und Raab, und Koll. Herrmann als stellvertretender Vertrauensmann gewählt. Nachdem noch einige Verbandsangelegenheiten ihre Erledigung gefunden, schloß Koll. Schulze die Versammlung mit der Aufforderung, das Verbandsratsamt mehr zu unterstützen. Anmerkung des Schriftführers: Bei der am 26. August abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung unentschuldig die Vertreter von Hohlberg u. Nüchting, Ramm u. Seemann, Gäßler, Reclam, Scherl und Eimel u. Co. zum wiederholten Male.

**Rundschau.**

Nach dem Bericht des statistischen Amtes waren im 2. Quartal 1905 von 6763 Mitgliedern unseres Verbandes 803 arbeitslos. Davon sind 229, gleich 7,5 pCt., männliche und 574, gleich 15,4 pCt., weibliche Mitglieder. Auf je 100 Mitglieder kamen zusammen 11,9 Arbeitslosenfälle. Das ist eine Zunahme gegen das vorige Quartal um 1,1 pCt. Eine recht verdienstliche Tat hat der Regierungspräsident in Düsseldorf vollbracht, er hat verboten, ausländische Arbeiter in das Aussperrungsgebiet hineinzu lassen. Ob das für die Unternehmer

im rheinisch-westfälischen Baugewerbe, dem augenblicklichen Aussperrungsgebiet, eine angenehme Ueberrauschung war? Wenn die Regierung nun noch ein übriges täte und dafür ausländisches Schlachtvieh ins Land hineinlasse, das deutsche Proletariat würde mit dem Tausche zufrieden sein.

**Briefkasten.**

Cassel. Bericht zu spät eingetroffen und daher zurückgestellt. — Der Versammlungsbericht aus Fürth mußte ebenfalls wegen Mangel an Raum zurückgestellt werden.

**Versammlungsanzeigen.**

Berlin, Zahlstelle I. Mittwoch, den 20. September, abends 7 Uhr bei Wendt, Beuthstr. 20, I. Versammlung. Der Vorstand.

Breslau. Achtung! Montag, den 18. September, abends 7 Uhr im „Goldenen Lachs“, Ursulinerstraße 21, Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Berlesung des Protokolls. 2. Statutenberatung. 3. Beitragszahlung. 4. Berlesung und Ausluß der Restanten. 5. Kartellbericht. 6. Ertliche Angelegenheiten. 7. Verschiedenes. Einen pünftlichen und zahlreichen Besuch erwartend machen wir zu gleicher Zeit auf den § 13 Abiab des Ortsstatuts (unentschuldigtes Fehlen 30 Pfg. Strafe) aufmerksam. Der Vorstand.

Grimmitzhan. Dienstag, den 12. September, Mitgliederversammlung im Restaurant Albertsburg. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Mitglieder Leipzigs! Um uns vor unlieblamen Vorkürfen zu schützen, fordern wir alle Mitglieder, welche über vier Wochen Rente verfügen, auf, diese mit vorzunotifizieren zu begleichen anzubringen. Dies beugliche Mitteilung zu machen, oder um Gefinnung nachzugehen. Aus verwaltungsstechnischen Gründen müssen wir statutengemäß verfabren und möchten niemand absichtlich in seinen erworbenen Rechten schädigen. Dies kann nicht geschehen, wenn die Mitglieder ihre Pflicht statutengemäß erfüllen und nicht über vier Wochen reistieren. Vom 23. September ziehen wir alle alten Mitgliederbücher ein, welche gegen neue ausgetauscht werden. Mit Gruß Die Verwaltung Leipzigs.

Am 29. August starb plötzlich und unerwartet unser Kollege Hermann Vlk in noch nicht vollendetem 40. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Zahlstelle Berlin II.

**Bier-Großhandlung**

Adalbertstr. 22. H. Schmidt. Adalbertstr. 22. Empfiehe meinen Kollegen und Kolleginnen folgende Biere:

80	Flaschen Lagerbier, hell, dunkel	M. 2,25
80	" Pilsener	" 2,25
80	" Schultze's Märzen-Berand	" 2,50
80	" Ragenhofer, hell, dunkel	" 2,50
80	" Tafel-Beißbier (Landb.)	" 2,25
80	" Malzbier, ärztlich empfohlen	" 2,75
22	" Seltz Kullmbacher	" 3,00
28	" Gräber, Grünberg	" 3,00
10	" Englisch Portor	" 3,75
16	" Pilsener Urquell	" 3,00
80	" Bils-Brause	" 3,00
80	" Goldblondchen	" 3,00
80	" Limonaden, große	" 3,00
80	" Seltzer, große	" 1,80

Kein Flaschenpaub. Nehme auch Bierlieferungen in Druckereien gern entgegen.

**Kollege Albert Schmidt,** Adalbertstraße 22.